IPG

KOMMENTAR 08.02.2016 | Gesine Schwan

Polen ist nur ein Symptom

Deutschlands Dominanz in der EU trägt zu Renationalisierung bei.

In der aktuell zunehmend schwierigen Lage der Europäischen Union trägt die politische Entwicklung in Polen nach den Wahlen, sprich: die entschieden national-autoritäre Politik der Regierung in den Händen von „Recht und Gerechtigkeit“ („Prawo i Prawiedliwosc“– PiS), zur Sorge bei, die EU könnte sich in verstärkter Renationalisierung desintegrieren. Diese Sorge ist berechtigt. Die Ursachen dafür liegen allerdings nicht nur in Polen oder Ungarn, sondern vor allem in der seit Jahren wachsenden deutschen Dominanz, die kurzfristig national und unsolidarisch orientiert war.

Dies ist umso bedauerlicher, als die neue polnische Regierung für ihre davon unabhängigen, schon deutlich älteren Ressentiments gegenüber Deutschland (und Russland) auf empirische Anhaltspunkte deutscher Dominanz verweisen kann, die alle europäischen Nachbarn stärker zur Kenntnis genommen haben als die deutsche Öffentlichkeit. Die Wahlen hat PiS (bei einer Wahlbeteiligung von rund 50 Prozent) aber nicht mit diesen Ressentiments gewonnen, sondern mit dem Versprechen, soziale Probleme der vorangegangenen, weitgehend neoliberalen Wirtschaftspolitik zu beheben.

Der Entscheider hinter allen Handlungen der PiS, Jarosław Kaczyński, verfolgt seine Politik freilich nicht aufgrund von jüngeren Erfahrungen. Seit der Wende wirft er der ersten polnischen Regierung unter den vormaligen Dissidenten Tadeusz Mazowiecki, Bronisław Geremek und anderen vor, mit ihrer Politik des „dicken Strichs“, mit der sie die Vergangenheit hinter sich lassen wollten, versäumt zu haben, Polen vom Kommunismus grundlegend zu „säubern“. Dahinter steht die schwierige Frage, wie man mit Regimewechseln umgehen soll: totaler personeller und institutioneller Neuanfang, der einen großen Teil der Gesellschaft außen vor lassen würde, oder Integration auch der alten Eliten, um zu einer Verständigung innerhalb des Landes zu kommen. Kaczyński wollte nach dem Ende des Kommunismus die auf Kompromiss angelegten Vereinbarungen des „Runden Tisches“, an dem er mitgewirkt hatte, brechen und seine Vision Polens verwirklichen, die an das

nationalistische und katholisch-klerikale System General Piłsudskis anknüpft.

Die Ursachen für die Renationalisierung liegen nicht nur in Polen oder Ungarn, sondern in der wachsenden deutschen Dominanz.

Die Dissidenten der ersten Stunde hingegen kamen aus dem politisch liberalen und linken Feld, waren ehemalige Sozialisten oder Kommunisten, die nach dem polnischen Oktober in den 1950ern mit viel Mut und erheblichen Kosten (Adam Michnik saß mehrere Jahre im Gefängnis) gegen das kommunistische Nachkriegsregime aufgestanden waren. Sie hingen einer sozialliberalen Demokratie westlichen Typs mit marktwirtschaftlicher Ausrichtung an, die Teil der Europäischen Union werden sollte. Kaczyński zielte dagegen immer auf ein autoritäres System mit klarer Machtkonzentration und betont nationaler Unabhängigkeit.

In diesem Zusammenhang ist zu beachten, dass die EU seit der Bankenkrise zunehmend vom Europäischen Rat, also den nationalen Exekutiven regiert worden ist, trotz der Aufwertung des Europäischen Parlaments durch den Vertrag von Lissabon. Dadurch ist ein erhebliches Defizit an Demokratie entstanden, verbunden mit einer Renationalisierung, weil die nationalen Regierungen vor allem auf ihre Wahlklientel schauen. Das hat auch das Gewicht Deutschlands in der EU deutlich gestärkt, gegen das sich PiS wendet.

Die Erfahrung, dass in den hochverschuldeten Ländern mit der Troika überdies eine demokratisch nicht legitimierte bürokratische Institution die Macht übernommen hat und die intransparent arbeitende Euro-Gruppe der Finanzminister faktisch die Geschicke der EU bestimmt, legt – nicht nur für Polen – die Sorge nahe, dass die Entwicklung der EU einer Linie der Entdemokratisierung folgt. Damit wird die politische Selbstbestimmung der Staaten auf EU-Ebene derart in Frage gestellt, dass dies ein zusätzliches Argument für eine Renationalisierung liefert, für die Rechten wie zuweilen auch die Linken.

Freilich hat die rabiate Unterwerfung des Verfassungsgerichts, der Staatsanwaltschaften und der öffentlichen Medien durch PiS, die liberalen Demokratieprinzipien widerspricht, sehr schnell die Opposition der polnischen Gesellschaft auf den Plan gerufen. Es steht zu erwarten, dass diese Proteste sich fortsetzen und verstärken. Kaczyński hat angekündigt, die Anhänger von PiS zu Gegenprotesten zu

mobilisieren. Dies könnte zu einer öffentlichen Auseinandersetzung über die Legitimität des neuen politischen Systems führen, das Kaczyński zweifellos anstrebt. Sollten sich seine Anhänger als öffentlich unterlegen zeigen, könnte es zu inneren Spaltungen in der PiS kommen, die ohnehin angesichts des autoritären Stiles zu erwarten sind und die auch die erste PiS-Regierung von innen ausgehöhlt haben.



Gesine Schwan
Berlin

Prof. Dr. Gesine Schwan ist Präsidentin und Mitgründerin der Humboldt-Viadrina Governance Platform. Von 1999 bis 2008 war sie Präsidentin der Europa-Universität Viadrina in Frankfurt (Oder) und von 2005 bis 2009 Koordinatorin der Bundesregierung für die Zusammenarbeit mit Polen.

19 LESERBRIEFE

Heinz Schneider schrieb am 09.02.2016

Wohltuend sachlicher Text mit klar erkennbarer sozialdemokratischer Orientierung. Mir fallen spontan vom öffentlich wahrnehmbaren Spitzenpersonal meiner Partei nur drei Personen ein, auf dies zur Zeit durchgängig zutrifft: Gesine Schwan, Hilde Mattheis und Erhard Eppler.
Eindeutig richtig der Kern des Beitrags: Europa hat ein

eklatantes Demokratiedefizit, und zwar in seinem Wesenskern. Die fortdauernde Einschränkung demokratischer und sozialer Rechte durch Fiskalpakte, Freihandelsabkommen oder Schuldenbremsen ist per Definition ganz sicher eines nicht: sozialdemokratisch. Der Zustand der Sozialdemokratie spiegelt dies wider.

Gilbert Doctorow schrieb am 09.02.2016

"deutschen Dominanz, die kurzfristig national und unsolidarisch orientiert war. "

Bravo. endlich die Wahrheit...

Karol schrieb am 09.02.2016

"Ich schäme mich", sagte Lech Walesa über seinen neuen Präsidenten. Von "deutsche Politik ist Schuld", wie Gesine Schwan uns suggerieren möchte, war bei ihm, wie auch bei den meisten Kommentatoren der Wahlen in Polen, wenig zu hören. Nein, es sind ganz überwiegend innerpolnische Ursachen, soziale zumal (da hat die Autorin recht) - mit Merkel oder gar der Troika aber hat das alles herzlich wenig zu tun.

Fazit: Eine ziemlich schieflastige Analyse.

---

o.kramar schrieb am 09.02.2016

Die Übermacht des kapitalen Liberalismus gefällt anscheind der Mehrheit der Wähler in der EU. Da wird der Schrei nach der Freiheit außerhalb dieses Systems als Populismus abgetan.
Ist den keiner in der Lage sich ein anders System auszudenken?
Und wenn der Zipras, mit deiner Truppe, was anffängt, dann wird er niedergemacht, weil sich niemand ein anderen Maßstab als Geld nicht vorstellen kann.
Ich befürchte , mit Obama ist es auch so ähnlich gelaufen.

Kim J Singh schrieb am 09.02.2016

Über eine wachsende Defizit in der Demokratie schreibt lang und breit der früherer Finanzminister Herr Janis Varoufakis. Handelt unsere Bundeskanzlerin immer wieder in Alleingang aus der Überzeugung oder aus Bequemlichkeit?

gabriele schrieb am 09.02.2016

da ist viel Wahres dran!

Jan David Ott schrieb am 09.02.2016

"Die Ursachen dafür [für die Renationalisierung] liegen allerdings nicht nur in Polem und Ungarn, sondern vor allem in der seit Jahren wachsenden deutschen Dominanz.[...]". Zu dieser These hätte ich mir Dreierlei gewünscht: 1)Diesem "vor allem" hätten zu seiner Glaubwürdigkeit Beispiele gut getan.DerText selbst zeichnet ja mit den Verhältnissen in Polen und dem Demokratiedefizit in Europa ein Bild unterschiedlicher unglücklich zusammenwirkender Faktoren. 2)Sofern denn die These für Polen zuträfe, wäre eine Betrachtung weiterer Länder notwendig. In UK, den Niederlanden und Finnland sehen die Ursachen anders aus. 3)Es bleibt schwer für die Bundesrepublik, legitime Interessenpolitik zu betreiben, ohne reflexartig als dominant wahrgenommen zu werden. Es gibt auch deutsche "Machtverluste": EZB!

J. Rauter schrieb am 09.02.2016

Der größere Blickwinkel tut Not. Wachsende Demokratiedefizite, wachsende Deutsche Dominanz? Staaten, die sich unverantwortlich verschulden und sich damit in die Hand der Gläubiger begeben, bei denen sind nicht Demokratiedefizite zu beklagen. Es waren zunächst „demokratische Prozesse“ im Land selbst, die diese Länder in/an den Abgrund führten. Unzureichende "rule of law" und Korruption sind Gründe. Europäischer Rat der Allein-Entscheider? Kein Wunder bei den Prozessen in der EU . Deutschland könnte manchmal höflicher sein, ja. Ja, dem funktionierenden Staat wächst Macht zu. Sie wächst auch mit den Unterschieden in Produktivität und „Good Governance“. Die Lösung heißt nicht Transferunion. Wer hier vor allem EU-Demokratiedefizite und deutsche Dominanz sieht, ist dessen Analyse stichhaltig?

Klaus Vater schrieb am 09.02.2016

An der Stärkung des Europäischen Rates sind viele beteiligt, nicht allein „die Deutschen“. Aus einer schwachen Argumentation so etwas wie einen

Anstoßeffekt beim Billard zu konstruieren, halte ich für mehr als weit hergeholt. Richtig ist etwas anderes: Dominierend sind Unternehmen aus der Bundesrepublik Deutschland in Europa auf Grund ihrer Wettbewerbsstärke. Mit den steigenden Exporten aus Deutschland importieren Handelspartner Arbeitslosigkeit. Dieser Effekt muss so gut es eben geht beseitigt werden – und zwar durch Verbesserung von Wettbewerbsstärke der Handelspartner. Die Fähigkeit deutscher Unternehmen, im europäischen Ausland Geld zu verdienen, ist nicht zuletzt deswegen während des vorigen Jahrzehnts so erhöht worden, weil in Deutschland Ost ganze Regionen wirtschaftlich aufgeba

---

Herbert Schweizer schrieb am 09.02.2016

Ja,Polen ist nur ein Symptom! Da stimme ich ausdrücklich zu.Doch die Renationalisierung kann man auch nicht allein auf deutsche Dominanz zurückführen.Einerseits wollen einige Nachbarn möglichst wenig Solidarität leisten und schicken das "starke Deutschland" vor, dem sie dann aber Dominanz vorwerfen. Das ist ein fataler Zirkel, der nicht allein auf Schäubles Austeritätspolitik zurückgeführt werden kann.

Klara schrieb am 09.02.2016

die Ursachen für den Regierungswechsel in Polen sehe ich vor allem in der wirtschaftlichen Entwicklung. Früher gut funktionierend, wurden Landwirtschaft und Einzelhandel notleidend. Die jungen Leute sind zahlreich ins europäische - und interkontinentale - Ausland abgewandert. Hier ist der wichtigste Punkt für eine Renationalisierung - Bestrebung in diesem Land. Das ist nicht "Schuld" der deutschen Regierung, sondern der EU und ihren insgesamt neoliberalen Vorgaben - die auch bei uns zu Recht viel böses Blut machen.
Trotzdem ärgert auch mich der oft überhebliche Ton, mit dem deutschen Regierungsvertreter die Meinungen und Entwicklungen in anderen Ländern bewerten.
Aber auch "die Medien" tragen nur selten zu differenzierten Betrachtungen ein.

Michael Röskau schrieb am 09.02.2016

Ich stimme J. Rauter zu. Das wohlfeile Pauschalurteil vom "Demokratiedefizit" der EU wird leider auch von einer so verehrungswürdigen Professorin wie Gesine Schwan benutzt. Man nehme bitte zur Kenntnis:

- Keine wichtige Entscheidung der EU kann ohne Beteiligung des Europäischen Parlaments getroffen werden.
- Die Mitglieder des Europäischen Rates und des Ministerrates sind demokratisch gewählte Vertreter ihrer Länder.
- Der Bundestag hat dabei weitergehende Mitwirkungsrechte als die Parlamente in jedem anderen Mitgliedstaat.
- Die in Griechenland tätigen "Institutionen" (Kommission, EZB, IWF) leisten die unverzichtbare Zuarbeit (Überprüfung von Zahlen, Berechnungen, fachliche Analyse) für die Entscheidungen der demokratisch gewählten Minister.

Ullrich Walter schrieb am 09.02.2016

Ich erinnere gern Frau Schwan, welches polnischer Außenminsiter in BERLIN, mehr Führung von Deutschland anmahnte? Also bitte nicht Ursache und Wirkung verwechseln, was Polen betrifft.

Friedrich Grimm schrieb am 09.02.2016

Diesen Aufsatz von Frau Schwan muss man nicht loben. Er ist richtig und zutreffend und beschreibt die Situation. Als einfacher Mensch fällt einem bei dem Begriff deutsche Dominanz nicht auf Anhieb etwas dazu ein.

Doch sehr hell klingt der Ausspruch von Frau Merkel in meinen Ohren: "Die Polen haben ihre Hausaufgaben gemacht." Ja, diese "Hausaufgaben" haben die Polen ganz im neoliberalen Sinne gemacht. Zum Nutzen Weniger und zum Schaden von sehr vielen.

Und auch der Stammtischjubel wieder und wieder Exportweltmeister zu sein hat damit zu tun. Denn schließlich muss irgend jemand diese Zeche der Ungleichgewichte bezahlen.

Hans-Egon Baasch schrieb am 09.02.2016

Ja, leider, ist die Analyse stichhaltig.
Deutschland profitiert von der EU vor allem wirtschaftlich. Mit billigen Krediten, nicht nur aber insbesondere deutscher Banken, wurden Erwartungen auf Prosperität vor allem bei den kleineren und neuen Mitglieder genährt. Mit der Bankenkrise und der

durchaus als Diktat zu bezeichnenden Schuldenbremse hat die Gläubigernation Deutschland diese Perspektive für viele Länder massiv ge- wenn nicht zerstört.
Unsere Exporte müssen laufen. Eigenständige Entwicklungen sind für viele so wenig möglich wie für das Saarland oder Berlin. Führung durch Unterstützung täte der EU und uns gut. Z. B. angemessene Lohnstückkosten würden die Wettbewerbsfähigkeit der anderen Länder fördern ohne diese aus der Pflicht zu entlassen, Strukturreformen zu betreiben.

Winfried Heidemann schrieb am 10.02.2016

Unglaublich: Die Professorin macht "seit Jahren wachsende deutsche Dominanz" für Rechtsentwicklung in Polen und Ungarn und für Renationalisierung in Europa verantwortlich, ohne auch nur ein einziges Beispiel für diese Dominanz (die doch gerade von manchen Politikern aus anderen europäischen Ländern angemahnt wird) zu nennen. Das nenne ich biolligen Populismus. Und zum angeblichen "Demokratiedefizit" in Europa stimme ich dem Beitrag von Michael Röskau zu. Ist Frau Prof. Dr. Schwan wirklich so schlecht informiert? Merkt die ehemalige

Präsidentschaftskandidatin nicht, dass sie Gefahr läuft, zum Kronzeugen für Pegida und die AfD zu werden?

Winfried Heidemann schrieb am 11.02.2016

Unglaublich: Die Professorin macht "seit Jahren wachsende deutsche Dominanz" für Rechtsentwicklung in Polen und Ungarn und für Renationalisierung in Europa verantwortlich, ohne auch nur ein einziges Beispiel für diese Dominanz (die doch gerade von manchen Politikern aus anderen europäischen Ländern angemahnt wird) zu nennen. Das nenne ich biolligen Populismus. Und zum angeblichen "Demokratiedefizit" in Europa stimme ich dem Beitrag von Michael Röskau zu. Ist Frau Prof. Dr. Schwan wirklich so schlecht informiert? Merkt die ehemalige Präsidentschaftskandidatin nicht, dass sie Gefahr läuft, zum Kronzeugen für Pegida und die AfD zu werden?

Günter Gloser schrieb am 13.02.2016

Ja, Selbstkritik ist notwendig. Ja, manches Verhalten der damaligen Bundesregierung gegenüber manchem Partner in der EU während der Finanzkrise war grenzwertig (

inhaltlich wie in der Tonlage). Aber dies jetzt als Ursache für den Erfolg der PiS zu machen, ist mir nicht nachvollziehbar. Wieso Gesine Schwan zu der Schlussfolgerung kommt, bleibt mir schleierhaft, zumal sie zutreffend die Gedankenwelt des Herrn Kacynski u. a. beschreibt. Und diese Gedankenwelt ist diesselbe wie zu Zeiten der ersten Kacynski-Regierung. Ich erinnere mich zahlreicher Gespräche mit Vertretern und Vertreterinnen dieser Partei - insbesondere zum Vertrag von Lissabon - , in der ein eigentümlicher Brei aus Verschwörungstheorien, Nationalismus etc. gerührt wurde. Daran hat sich nichts geändert.

Pollio Sparta schrieb am 24.02.2016

Schon in der ersten Kacynski Regierung wurde gegen die deutsche Regierung und das deutsche Volk antichambriert. In sofern ist die jetzige Verhaltensweise keine Überraschung und aus meiner Sicht mitnichten eine Reaktion auf das Verhalten der deutschen Regierung in der Finanzkrise, die im übrigen noch nicht vorbei ist. Trotzdem finde ich es geradezu verheerend, wenn deutsche Poliker auf Polen oder auch andere Länder eindreschen. Da sollte man lieber öffentlich die Klappe

halten und statt dessen in Gesprächen versuchen, das Verbindende auszubauen und Lösungen für All zu erarbeiten.
